

# Lichtenstein-Galzheimer Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Bohdorf, Ködlich, Bernsdorf, Kösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Radborsfel, Ortmannsdorf, Müllen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Turm, Niedermüllen, Aufschuppel und Lischheim

Amtsblatt für das Agl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Königl. Amtsgerichtsbezirk

Nr. 50.

Verbreitete Zeitung  
im Amtsgerichtsbezirk.

59. Jahrgang.  
Dienstag, den 2. März.

Haupt-Infektionsorgan  
im Amtsgerichtsbezirk.

1909

## Das Wichtigste.

\* Die Beratungen der Vertrauensmänner der Hochpartei wurden am Sonntag fortgesetzt. Montag nehmen die Fraktionen zu dem Ergebnis der Beratungen Stellung und Dienstag findet dann die ausschlaggebende Sitzung der Steuerkommission statt.

\* Die Erste hessische Kammer nahm den Beschluß der Zweiten Kammer auf Einführung des direkten Wahlrechts einstimmig an.

\* Bei einem Unfall auf der Kodelsbahn der Ludwigshöhe bei Farmstadt wurden Leutnant von Trott zu Solz getötet und vier Offiziere schwer verletzt.

\* Durch eingehende Nachprüfungen stellte die Berliner Kriminalpolizei von den zur Anzeige gebrachten Messerhebereien neun als erdichtet fest.

\* Auf eindringliche Vorstellungen Rußlands hat das serbische Kabinett die Erklärung abgegeben, daß Serbien sich jeder Provokation enthalten und die Beratung seiner Bedürfnisse und Interessen den Großmächten anheimstellen werde.

\* In Prag beging der tschechische Böbel gestern übermäßig Ausschreitungen gegen deutsche Studenten.

## Die Friedensaktion der Mächte.

Seit Beginn der Balkankrise ist das härteste für den Frieden in die Waagschale fallende Gewicht, das immer wieder den Ausschlag gegeben hat, die Gewißheit gewesen, daß ein Krieg wegen des Balkanproblems eine europäische, vielleicht sogar eine Weltkriestrophe sein würde, bei der jede Nation einen Hauch auf Tod und Leben um die nationale und nationale Existenz führen würde. Niemand aber vermochte zu sagen, wer aus einem solchen Ringen als Sieger hervorginge. Gegenüber der gewaltigen Macht dieser Weltmacht ist die Bedeutung aller Einzelfragen der europäischen Orientfrage immer wieder schnell zusammengekrummt, auch wenn zeitweilig die Dinge zum Vorhersten getrieben zu sein schienen. So kamen die direkten Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich-Ungarn und dann auch die zwischen der Türkei und Bulgarien zustande, so ist die Spannung zwischen den Westmächten und den Dreieinigkeitsstaaten auf ein herabgemindert worden, so hat in Italien die anfänglich sich so kümmerlich gehaltende Aufregung gelegt, und so scheint in den letzten Tagen auch die drohende Kriegsgefahr überwunden zu sein.

Die Lage war sehr ernst. Rußland hatte durch seine Anerkennung Bulgariens als Königreich anscheinend sein bisheriges Programm, was die Lösung des Balkanproblems einer Konferenz zuweilen wollte, preisgegeben und sich von den Westmächten getrennt. Diese Sonderpolitik schien eigene Pläne und Abberauschungen Rußlands anzudeuten und erweckte um so mehr Beunruhigung, als sie den Verdacht nahelegte, daß Dore Iswolski auch in der Frage der serbisch-österreichischen Beziehungen eigene, mit der Nähe auf dem Balkan nicht verträgliche Wege sehen wollte. Daneben eifrigen Bemühungen der französischen Politik, die ehrlich und nachdrücklich auf die Erhaltung des Weltfriedens gerichtet sind, und dank der unerschütterlichen Freundschaft, die Deutschland seinem österreichisch-ungarischen Verbündeten bewahrt, hat die Besonnenheit in Petersburg doch die Oberhand behalten. Die Aussichten, zu einer befriedigenden Lösung zu kommen, ohne daß irgendwo das Schwert gezogen wird, sind trotz der Schwierigkeiten der letzten Tage ferner noch dadurch besser geworden, daß Oesterreich und die Türkei endlich auch die Form für ihre Einigung gefunden haben, so daß das österreichische Herrscherhaus jetzt von der Sperte des österreichischen Herrscherhaus ist von der Sperte des Souverän Bosniens und der Herzegovina anerkannt ist. Auch die bulgarisch-türkischen Verhandlungen sind unter dem neuen Großwesir Hümi-Bascha im besten Zuge.

Nur die serbische Frage, allerdings die gefährlichste, ist noch zu lösen, aber auch hierfür sind die Aussichten gut, seitdem Rußland sich grundtätig bereit erklärt hat, mit den anderen Mächten zusammen

beruhigend in Belgrad zu wirken. Die Form für diese gemeinsame Intervention der Mächte zu finden, wird allerdings sehr viel Mühe kosten. Wenn aber jetzt in der Balkanpolitik überall eine Wendung zum Besseren festgestellt werden kann, so dürfte das nicht zum wenigsten ein Verdienst der deutschen Regierung sein, die mit ihrer Empfehlung der gemeinsamen Vorlesung in Belgrad einen gangbaren Weg zu einem friedlichen Ausgleich aller Differenzen angegeben hat. Dennoch kommt die Nachricht ziemlich überraschend, daß die geeinigten Mächte nicht Rußland, sondern Deutschland die Aufgabe der formellen Vorbereitung der Intervention übertragen wollen. Deutschland würde sich dieser Aufgabe, wenn sie wirklich damit betraut werden sollte, nicht entziehen können, aber auf einen Dank von Serbien dürfte sicher das Deutsche Reich lange zu warten haben, schon jetzt hört man in Belgrad gegen Frankreich und Deutschland, die den serbischen Heißwogen einen Dämpfer aufsetzen, bittere Worte. Doch hat sich die serbische Regierung unter dem Druck der Verbände bereits dazu bequemt, an die Westmächte und Rußland eine Note zu richten, in der sie mitteilt, sie werde alles vermeiden, was einen freigelegten Konflikt mit Oesterreich-Ungarn verursachen könnte. Aber die Rüstungen werden trotzdem eifrig fortgesetzt.

## Stimmungsbild aus dem deutschen Reichstag

(Eigen-Bericht)

Zd. Berlin, den 27. Februar 1909.

### Kolonialetat.

Drei Redner sprachen heute zum Kolonialetat. Statt des sozialistischen Abgeordneten Kossel hielt der Kartlsruher Redakteur und Genosse G. Schöner die diesjährige Philippika auf Deutschlands Kolonialpolitik, die ihm zwei Ordnungsrufe einbrachte. Durch die ungezwungene Raubertonart, in der der National-liberale Dr. Arnim, von 1892 bis 1896 Arzt in der Schutztruppe für Ostafrika, sachmännisch über Ostafrika urteilte, wurde das Haus sichtlich gefesselt. Die Anschließungsfrage wird einer günstigen Lösung entgegengehen. Ostafrika sei besser für die Besiedelung geeignet, als alle anderen Kolonien. Heute könne man noch garnicht wissen, was die Kolonien einmal alles bieten werden. Hoffentlich werde Herr von Redenbergh, wie der Staatssekretär es wünsche, den Frieden mit den Pfanzern herbeiführen. Und dann kam als dritter Redner Mathias Erbeberger. Viel beachtet wird, daß der Zentrumredner nicht mit einem Wort die Deutschburgische Politik tadelnd kritisiert, daß er sich polemisch nur gegen die Herren von Liebert und Trendt wendet, die im Hause nicht anwesend sind, weil sie einer Einladung zur Hochzeit ihres Freundes Dr. Karl Peters, der trotz seiner 61 Jahre nach den aufregenden Tagen der letzten Jahre in den Kreisen des Ehestandes Frieden finden will, gefolgt sind. Montag geht die Debatte weiter.

### Deutsches Reich.

Tredten. (Zum neuen Verinsgesetz) hat das sächsische Ministerium des Innern eine Verordnung erlassen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Fälle, in denen bei öffentlichen Versammlungen Polizeiorgane tätig werden können, nicht zu trennen seien in solche, in denen der Beamte zum Zweck der Überwachung im Sinne von Paragraph 13 des Verinsgesetzes oder aber aus sicherheitspolizeilichen Gründen in der Versammlung anwesend ist. Im letzteren Falle habe sich der Beamte jeder Tätigkeit zu enthalten, aus der geschlossen werden könnte, daß er als „Überwachender“ im Sinne des Paragraph 13 anwesend wäre. Es würde in diesem Falle genügen, wenn der Beamte, um sich von der Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit in Versammlungsraum zu überzeugen, diesen nur vorübergehend betrete. Die Anwesenheit von Sicherheitspolizeibeamten sei unter Beobachtung des Ausgeführten aber in öffentlichen Versammlungen an sich stets zulässig.

— (König Friedrich August von Sachsen) ist am Sonnabend abends 7 Uhr 15 Minuten von Tredten

nach Antwerpen abgereist, um von dort aus die schon mehrfach erwähnte Exereise anzutreten. Die Rückreise von Neapel erfolgte am 25. März auf dem Dampfer „Adria Albert“. Am folgenden Tage verläßt der König das Schiff in Genua, und begibt sich mit der Bahn nach Karlsruhe, wo er dem bairischen Großherzogspaar den offiziellen Gegenbesuch abstatet. Die Rückkehr nach Tredten ist für den 29. März vorgezogen.

Berlin. (Die Kaiserin) wird am Dienstag das Heberjochwennungsgebiet in der Altmark besuchen. — (Fürst von Bülow) empfing eine Deputation des Bundes der Landwirte, der gegenüber er sich für die Erhaltung des Großgrundbesitzes in der Altmark aussprach.

— (Die Reichsfinanzreform) Die Verhandlungen der Parteien und Regierungen über die Reform der Reichsfinanzen haben noch immer nicht zu einem positiven Ergebnis geführt. Mittereits will man nach wie vor den Besitz besteuern, aber darüber, wie die Besitzsteuer gestaltet werden soll, kann man sich nicht verständigen. Die Reichsregierung hält an ihrem Nachschuß- und Erbschaftsteuerprojekt fest, die links stehenden Parteien möchten an liebsten eine direkte Reichsvermögenssteuer, die rechtsstehenden wollen die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten. Niemand hat bis jetzt einen Mittweg gefunden, der bei allen Mehrheitsparteien Beifall fände und doch die vornehmste Bedingung jeder gründlichen Reichsfinanzreform erfüllt, nämlich die finanzielle Unabhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten herbeizuführen. Nun hat der Reichsfinanzminister Fürst Bülow selbst in die Verhandlungen eingegriffen, und wir hoffen, daß es ihm gelingen wird, ein Kompromiß zustande zu bringen, bei dem ohne Substanzhandel und ohne nationalgeheimte Parteien für lange Zeit in die Diskussion zu sagen, eine dauernde Verbindung der Reichsfinanzen gewährleistet wird. — Während sich Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und Bülow wenig um Neun für politische Tiers ausfinden läßt, kommt Endow nur jammern und wehklagen, denn ein neuer Schlag hat ihn getroffen: Er überschauete die Reichseinnahmen aus den ersten zehn Monaten des laufenden Finanzjahres, und siehe: es fehlten ihm 76,3 Millionen Mark! Das ist bitter: Viel wird nicht mehr einzuboten sein, denn fünf Sechstel des Finanzjahres sind dahin, das letzte Sechstel läßt sich auch nicht so an, daß sonderlicher Optimismus am Tage wäre.

— (Kein Groß-Berlin.) In der Sitzung des Brandenburgischen Provinzial-Landtages gab Oberpräsident Trott zu Solz im Namen der Staatsregierung die Erklärung ab, daß an eine Eingemeindung von Vorortgemeinden oder Gemeindefreien in die Stadt Berlin nicht zu denken sei.

— (Der Großherzog von Oldenburg) hat dem Antrag des Ministeriums auf Übertragung der Regenschaft auf den Herzog Friedrich Ferdinand von Glücksburg — im Falle seines Ablebens vor dem Mündigwerden des Erbprinzen — seine Genehmigung erteilt. Die Annahme des Gesetzes im Landtage ist sicher.

— (Die Witwen von Kabbod.) Wie ein Telegramm aus Dortmund uns meldet, haben die Witwen von Kabbod einen Dortmunder Rechtsanwalt beauftragt, den Kronwägen und den Oberpräsidenten von Westfalen auf sofortige Herausgabe der gesammelten Unterstützungsgelder zu verklagen. Bekanntlich projektieren die Witwen gegen das vom Hilfskomitee akzeptierte Rentensystem und sind außerdem mit der bisherigen Gabenverteilung unzufrieden. Der Kronprinz ist, wie man weiß, Ehrenpräsident des Komitees.

### Aus Rab und Fern.

Lichtenstein, den 1. März 1909.

— (Der März, der heute seinen Einzug hielt, machte an seinem ersten Tage ein recht freundliches Gesicht, nachdem uns der Abschied nehmende Februar noch einmal Reuschner beschert hatte. Hoffentlich täuscht der neue Monat die Frühjahrs Hoffnungen nicht. Zunächst hat er natürlich tüchtige Arbeit, die Spuren